

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.

Preis: 10 Pf. pro Stück, 30 Pf. pro Quartal, 1.00 Pf. pro Semester, 3.00 Pf. pro Jahr. Einmalige Beiträge 50 Pf. bis 1.00 Pf. Die Redaktion ist für die Rückgabe von Manuskripten nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Rückgabe von Manuskripten nicht verantwortlich.

Angabe der Redaktion: Die Redaktion ist für die Rückgabe von Manuskripten nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Rückgabe von Manuskripten nicht verantwortlich.

№. 27.

Mittwoch, den 2. Februar 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Reichsaußenminister Dr. Simons äußerte sich im Reichstage gestern gegen die neuen Ententeforderungen; irgendwelche Beschlüsse sind noch nicht gefasst worden.

Der Hauptauschuss des Reichstages bewilligte den Etat des Reichsministeriums für den Wiederaufbau, darunter 900 Millionen Mark als Uebersetzungszuschuß für den Wiederaufbau der Handelsflotte.

Bei der Besprechung der Außenpolitik in der tschechischen Kammer hielt Kramarisch eine Brandrede gegen Deutschland, während der tschechische Sozialdemokrat Remecek einer Verständigungspolitik das Wort rebete.

In Brüssel glaubt man, daß die für den 7. Februar angelegte Sachverständigenkonferenz aufgeschoben werden wird. Eine Notiz der Agence Havas besagt, es bestehe Grund zu der Annahme, daß diese belgische Information richtig sei.

Die deutsche Reichsregierung hat beschlossen, die Republik Lettland de jure anzuerkennen und den deutschen Vertreter in Riga beauftragt, eine entsprechende Erklärung der lettischen Regierung abzugeben.

Die deutsche Legende.

Vom heutigen Deutschland weiß die Welt blutwenig. Deshalb ist jede Gelegenheit zu begrüßen, die es uns ermöglicht, die deutsche Legende, an die die Welt immer noch glaubt, zu zerstreuen. Eine solche Gelegenheit bot sich in der Einladung der Italiensischen Liga für Völkerbund an die Völkerbund-Ligen der besiegten Staaten zu einer Besprechung in Mailand, an der ursprünglich auch die Franzosen und Engländer teilnehmen sollten. Das Fernbleiben der Franzosen, das (was bemerkenswert ist) gegen den ausdrücklichen Protest einer Minderheit erfolgte, erwies sich letzten Endes als vorteilhaft, weil auf diese Weise die freie Ausdrucksweise ohne große Hemmungen vor sich gehen konnte, und weil die Vertreter der Deutschen Liga für Völkerbund, Reichsminister a. D. Dr. Dernburg, Johannes Tiedje und Prof. Dr. Ernst Jäck, sich mit freimütiger Offenheit äußern konnten. Ueber die Erfahrungen, die auf dieser Mailänder Tagung gemacht wurden, schreibt der zuletzt genannte Vertreter:

Der Eindruck, den wir von der Einladung und von den italienischen Politikern, die wir in Mailand trafen, hatten, war durchaus der, daß sie voll des besten Willens zur Verständigung waren. Ueber auch bei ihnen herrschte noch die deutsche Legende, die man kurz in die Formel vom militärischen Deutschland fassen kann. Mit der Offenheit, mit der man uns entgegentrat, haben wir kein Wort und so vor einer ausländischen Öffentlichkeit um Verständnis für das jetzige Deutschland gebittet. Wir unterchieden grotzterlei Arten von Militarismus; zunächst die früher in Deutschland verfassungsmäßig bestehende Präbponderanz der militärischen Stellen gegenüber der politischen Leistung, und daneben die in der ganzen Welt allgemeine Erscheinung des starken Rüstens. Jene erste Erscheinungsform hat vor dem Kriege und im Kriege in Deutschland bestanden und hat sich in den Uebersetzungen unseres politischen Lebens in der Sabern-Attäre, in der ausschließlichen Heranziehung militärischer Argumente bei der Entscheidung der Frage des Durchmarsches durch Belgien und in dem Dualismus zwischen der Obersten Heeresleitung und dem Reichsminister gezeigt, während im Gegensatz dazu die politische Leistung in Frankreich, England und Italien allen Versuchen militärischer Stellen gegenüber, diesen Zustand zu ändern, doch der militärischen Leistung übergeordnet blieb. Dieser verfassungsmäßig festgelegte Zustand, der das Hauptbeweisstück für die deutsche Legende bildet, ist in Deutschland beseitigt und das nicht erst durch die Revolution, sondern schon durch die Oktoberreform des Prinzen Max. Was damals verfassungsmäßig gebrochen wurde, ist dann durch die Revolution und den Friedensvertrag von Versailles vollends zerbrochen worden. Die Probe aufs Exempel bedeutete der Rapp-Butsch, in dem die Kräfte dieses alten Militarismus versucht haben, sich wieder durchzusetzen. Der Ausgang des Butsch hat gezeigt, daß jener alte Militarismus tot ist. Die andere Form des Militarismus, die dauernde Verstärkung der militärischen Rüstungen, ist in Deutschland durch den Friedensvertrag und durch die Entwaflnung trotz Einwohnervote und trotz Orgesch, die bei dem Mangel der schweren Waffen und der Rüstungsindustrie niemals eine internationale Gefahr darstellen, erledigt, lebt und blüht aber — mehr noch als je zuvor in Deutschland — jetzt noch in den Ententestaaten besonders in Frankreich und Amerika, und seine Einwirkung in Deutschland muß sich immer wieder, wenn auch nicht in einem Militarismus mit wirklichen Mitteln, so doch in zeitweiligem Aufblähen eines Militarismus der Gesinnung äußern. Insofern war der Rapp-Butsch eine Folge der Ententepolitik...

Auch wenn man nicht in allen Einzelheiten mit diesen Ausführungen einverstanden ist, darf man es doch begrüßen, daß die deutschen Vertreter in Mailand so wirksam an der Herabsetzung der deutschen Legende im Ausland mitgearbeitet haben. Zwar sind von italienischer Seite auch Einwendungen gegen ihre Verweigerung erhoben worden, aber die Ausführungen der deutschen Vertreter haben doch allen Teilnehmern neue Gesichtspunkte gezeigt, und da sich unter den Italienern geltend machende Politiker von Rang befanden, so hat die Konferenz und die offene Ausdrucksweise Gutes bewirkt. In der Ausdrucksweise haben mehrere italienische Abgeordnete ausdrücklich die Notwendigkeit der Revision der Friedensverträge zugegeben. So forderte ein Abgeordneter seine Kollegen auf, aus der allgemeinen Einsicht in eine solche Notwendigkeit endlich auch die Folgerung zu ziehen und den Mut zu haben, ganz öffentlich und offiziell von der Revision zu sprechen; mer vor diesen Worten noch Angst habe, der könne ja von einer Evolution der Friedensverträge reden. Der Streit um das Wort kann uns letzten Endes gleichgültig sein. Hauptsache ist, daß die Einsicht von der Notwendigkeit der Uebersetzung wächst und allgemein wird. Ein Schritt auf diesem Wege war auch die Mailänder Konferenz.

Die Reparationsfrage im Reichstage.

Erklärungen Dr. Simons.

In der gestrigen Reichstagsitzung waren Haus und Tribünen überfüllt. Am Ministertisch waren sämtliche Kabinettsmitglieder, eine Fülle von Regierungsvertretern. Vertreter der Länder zugegen. Die Diplomatenloge war ebenfalls stark besetzt: der österreichische Vertreter, die Vertreter der Tschechoslowakei und der Schweiz waren anwesend, desgleichen der erste Vorkonferenzrat der französischen Botschaft. Gleich nach Eröffnung der Sitzung ergriff Reichsminister des Äußeren Dr. Simons das Wort zu folgenden Ausführungen: Selten hat eine politische Verhandlung solche Bewirrung in den Köpfen angerichtet, wie die Pariser Verhandlungen. Eben war der Sehdourische Plan erörtert, nun kommt die neue Note. Der Minister schildert dann den Verlauf der Verhandlungen und bespricht den Inhalt der Note. Anknüpfend an Spa ist diese Note zustande gekommen. Von den Beratungen in Boulogne ist uns nie etwas bekannt geworden. Diese Beratungen sind in Spa garnicht erwähnt worden. Wenn kam nicht zustande und die Verhandlungen verzögerten sich immer mehr, so daß er eine raschere Regelung angeregt habe. So kamen die Brüsseler Verhandlungen zustande, die dann aber auch ohne endgültiges Ergebnis vertagt wurden. Die Wortworte, daß die deutsche Regierung nicht selbst mit politischen Vorschlägen hervorgetreten sei, treffen nicht zu. Wir haben solche gemacht, sie sind aber nicht beantwortet worden. Auch in Spa haben wir Vorschläge gemacht, die allerdings noch nicht eingehend sein konnten, aber doch u. a. einen Finanzierungsplan enthielten. Sie sind unter den Tisch gefallen. Pläne alternativer Natur zu machen, so lange Oberklauseln noch eine ungeklärte Frage bildet, halte ich für unmöglich. Dazu kommt unsere ungeklärte Wirtschaftslage und die unstete Valuta.

Wir haben auch gegenüber dem Sehdourischen Plan keine Bedingungen gestellt. Wir haben nur erklärt, daß wir keine bindenden Zahlen angeben könnten. Der französische Botschafter selbst hat daraufhin erklärt, daß dazu in Brüssel Gelegenheit zur Erörterung sein werde. (Hört, hört!) Der Wortlaut der Note deutet sich mit dem uns übermittelten Wortlaut. In der Entwaflnungsfrage werden Heeresklauseln, Marineklauseln und Luftklauseln vorgelesen. Es handelt sich hier um die Entscheidung. Befragt werden wir nicht. Das hindert nicht, daß wir uns dazu äußern. Es sind uns zwar gewisse längere Fristen zur Durchführung der Beratungen mit den Ressorts und den einzelnen Ländern gelassen. Ich vermittele aber jedes Wort der Anerkennung für das, was wir in der Entwaflnungsfrage schon geleistet haben. Vielmehr klärt stets das Mißtrauen gegen uns wieder heraus.

Der Minister gab dann einen Ueberblick über den Inhalt der Note und fuhr fort: Wo bleibt die Anrechnung dessen, was wir schon geleistet haben? Auch ist nicht bekannt, ob wir bei der Ausgabe der Botschaft beim Waffenstillstand hinterlegte Schatzkassette zurückerhalten. Das neue Programm enthält also

Unklarheiten und weitere Ansprüche. Variable Summen dürfen uns nicht auferlegt werden. Desgleichen sind nach dem Waffenstillstand nur 90 Jahre der Tilgung vorgelesen. Von allem ist keine Rede mehr. Es müßte doch festgesetzt werden, wie hoch der anperichtete Schaden eigentlich ist. Was Frankreich bisher aufgeben hat, ist verächtlich worden, ohne daß nur eine Mauer aufgedaut worden ist. Die Schätzungen der französischen Sachverständigen sind Herrn

Woincare zu niedrig erschienen. Sie sind erhöht worden. Aber deutsche Sachverständige hinauszuweisen, ist niemand eingefallen. Die Summe, die jetzt angegeben wird, scheint also mehr oder weniger willkürlich zu sein. Clemenceau hat seinerzeit erklärt, daß ein Eingriff in unsere Freiheit nicht beabsichtigt sei. Von einer Kontrollen war nie zuvor die Rede. Die Regierung ist sich darüber klar, daß der Weg, welcher vorgeschlagen wird, unpraktisch und somit ungangbar ist und auf eine wirtschaftliche Enttäuschung hinausläuft. Daran ändern die uns in Aussicht gestellten Rabattsätze von 5 und 6 Prozent nichts. Die Entente glaubt vielleicht, wir könnten im Auslande eine Unleihe aufnehmen. Das ist einfach unmöglich, zumal die Bestimmungen der Reparationskommission hier schon eine Barriere gezogen haben. Es würde also auch nicht einmal das Band in Frage kommen, welches die Alliierten während des Krieges finanziert hat. Die Pollabgabe ist eine

Erdröpfung der deutschen Industrie. Muß das Ausland sie tragen, so wird der Absatz erschwert. Ist das nicht möglich, so muß sie der Arbeiter tragen. Gefangenearbeit ist stets eine unliebsame Konkurrenz der freien Arbeit. Wir werden

42 Jahre lang Gefangenearbeit leisten müssen. Redner kommt dann auf die Strafbestimmungen zu sprechen, welche er noch nicht antisch erhalten habe, die er aus einem Interview entnommen habe. Auf Zwischenrufe der äußersten Linken bittet der Minister, seine rein objektiven Uebersetzungen nicht durch Zwischenrufe zu stören. In den Strafbestimmungen geht auch die eventuelle Errichtung eines eigenen rheinischen Zollgebietes sowie die Nichtaufnahme in den Völkerbund. Der letzte Punkt interessiert uns weniger, solange wir noch nicht den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund gestellt haben. Jedenfalls hat der Völkerbund, so wie er jetzt ist, nicht viel Verdienstes für uns. Die Regierung kann in dem Arrangement nicht die nötige Grundlage für weitere Verhandlungen sehen. Es ist aber ihre Pflicht, alle ihre Mittel anzuwenden, um zu entsprechenden deutschen Gegenvorschlägen zu kommen. (Beifall.) Der Reichstag nahm sodann den Antrag des Präsidenten, die Sitzung jetzt zu vertagen und die Besprechung erst heute vorzunehmen, nachdem die Fraktionen zu der Rede des Außenministers Stellung genommen haben, gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten an.

Der Streit um den Religionsunterricht.

Sitzung des Sächsischen Landtages.

Zu Beginn der gestrigen Landtagsitzung erteilte Präsident Fräßdorf dem Finanzminister Geldt eine Rüge, weil er in der letzten Sitzung am Freitag den Demokraten Feigheit vorgeworfen hatte, und bemerkte, daß er einen Ordnungsruf erteilt haben würde, wenn ein Abgeordneter diesen Ausbruch geäußert haben würde. Dann ging das Haus zur Tagesordnung über und beriet zunächst über eine deutschnationale Anfrage an die Regierung, ob sie bei der Berechnung des Ortzuschlages und des Ausgleichsschlages auch die Stellenzulage der Schuldirektoren mit dem Betrage von 1200 Mark berücksichtigen wolle. Von Regierungseite wurde die Antwort erteilt, daß das nicht geschehen könne weil eine solche Berechnung ohne Vorgang wäre und im Staatshaushaltpläne dafür auch keine Mittel vorhanden seien.

Dann beriet das Haus über zwei deutschnationale Anfragen, die die Verordnung des Kultusministeriums vom 8. Januar zum Gegenstand hatten, worin vorgeschrieben wird, daß die Eltern bei Anmeldung ihrer Kinder eine Erklärung über die Teilnahme oder Nichtteilnahme am Religionsunterricht abzugeben hätten. Die Redner sämtlicher bürgerlichen Parteien betonten übereinstimmend, daß es sich hier um einen Bruch der Weimarer Verfassung handle, und verurteilten den Erlaß aufs schärfste. Hierbei stellte der demokratische Abgeordnete Dr. Scherz die interessante Tatsache fest, daß bei den Verhandlungen in Weimar die Sozialdemokraten ausdrücklich diesem Paragraphen zugestimmt hätten, und ausgerechnet der württembergische sozialistische Unterrichtsminister mit aller Schärfe für die Beibehaltung des Religionsunterrichtes in den Volksschulen eingetreten sei. Ferner sei damals ausdrücklich festgelegt worden, daß dieser Paragraph der Reichsverfassung nur so ausgelegt werden dürfe, daß die Eltern erklären könnten, daß ihre Kinder am Religionsunterricht nicht teilnehmen sollen; also nur im negativen Sinne sei dieser Paragraph aufzufassen. Dagegen hielt Unterrichtsminister Fießner seine Auslegung der Weimarer Verfassung aufrecht und betonte, daß er jetzt Kultusminister sei und infolgedessen darüber zu befinden habe, wie die Verordnung auszuliegen sei. Besonders bemerkt wurde es, daß er vom Ministertische aus einen Aufruf an die Eltern richtete, ihren Kindern Religionsunterricht nicht erteilen zu lassen.

Die sämtlichen sozialistischen Redner stellten sich auf den Regierungshandpunkt und außerdem auf den Boden des kommunistischen Antrages, daß der Land-